CIVILBECHTSPELEGE ADMINISTRATION DE LA JUSTICE CIVILE

- I. Organisation der Bundesrechtspflege. Organisation judiciaire fédérale.
- 17. Urtheil vom 3. Februar 1882 in Sachen Schaub gegen Gemeinde Siffach.

A. Wilhelm Schaub von Siffach (Kantons Basellandschaft) verehelichte fich am 29. Oftober 1878 vor bem Standesamte in Kirchhofen, Großherzogthums Baden, mit ber Sophie Beid von Kirchhofen; nach einem Randzusate zu ber Beirathkurfunde erflarten die Nupturienten bor Gingehung ber Che, baß fie bie beiden von der Sophie Beid vorehelich geborenen Kinder, Louisa, geboren 6. Januar 1872, und Emil Julius, geboren 21. August 1874, als ihre, der Nupturienten, Kinder anerkennen. Nach seiner Berehelichung stellte Wilhelm Schaub bei seiner Heimatgemeinde Siffach bas Gefuch um Aufnahme ber beiben genannten Rinder in das dortige Burgerrecht. Die Gemeinde Siffach wies indeg bieses Gesuch ab, ba fie bie Anerkennung ber Bater= schaft burch 2B. Schaub als eine fingirte betrachtete; eine biegegen an den Regierungsrath des Kantons Bafellandschaft ergriffene Beschwerbe murbe von dieser Behörde am 30. September 1880 abgewiesen, weil in dieser Sache nicht von ben Bermaltungsbehörden son ben Gerichten zu entscheiden sei.

B. Mit Rlageschrift vom 20. September 1881 stellte hierauf B. Schaub, indem er gur Begrundung ber Kompeteng bes Gerichtshofes auf Art. 110 ber Bundesverfassung, Art. 27 Bif=

fer 4 Lemma 2 bes Bundesgesehes über die Organisation ber Bundesrechtspflege und ein im Bundesblatt 1877 IV S. 634 abgebrucktes Rreisschreiben bes Bunbesrathes Bezug nahm, beim Bundesgerichte in der Sauptsache ben Antrag, es sei ber Bemeinderath Siffach (Baselland) anzuhalten, die zwei vorehelichen Rinder bes Schaub und feiner jegigen Frau, Namens Louise und Emil Julius, als beimatberechtigt in ber Gemeinte Siffach anquerkennen, unter Roften- und Entichadigungefolge.

C. In seiner Vernehmlassungsschrift auf diese Beschwerde stellt ber Gemeinderath Siffach, ohne gleichzeitig jur hauptsache ju perhandeln, indeß unter dem Borbehalte, nöthigenfalls später auf bie materielle Beantwortung ber Rlage jurudzutommen, in erster Linie ben Antrag : Es sei diese Rlage wegen Intompetenz bes Bundesgerichtes abzuweisen und ber Rläger in fammt= liche Roften bes Prozesses zu verurtheilen, indem er ausführt : Art. 110 der Bundesverfassung und Art. 27 Riffer 4 des Bunbesaesetes über Organisation ber Bundesrechtspflege überweisen bem Bunbesgerichte bie Entscheidung in Bürgerrechtsstreitigkeiten amischen Gemeinden verschiedener Kantone; eine solche liege aber bier, ba ja nicht eine schweizerische Gemeinde, sondern eine Brivatverson, Wilhelm Schaub, ber übrigens gar nicht als Bertreter ber unehelichen Rinder seiner jetigen Frau anerkannt werden könne, klagend auftrete, durchaus nicht vor : selbst dann. wenn die badische Gemeinde Kirchhofen als Beimatgemeinde der fraglichen Rinder fich veranlaßt fahe, ju flagen, mare bie Rompetenz des Bundesgerichtes, ba nicht eine Streitigkeit zwischen Gemeinden verschiedener Rantone vorläge, nicht begrundet. Gbenfo wenig liege ein "Anstand betreffend Beimatlosigfeit" vor, benn Die fraglichen Rinder seien ja nicht heimatlos, sondern groß= berzoglich badische Staatsburger. Demnach sei bas Bunbesgericht, beffen Rompetenz gegenüber berjenigen ber fantonalen Gerichte als die Ausnahme erscheine, in Sachen gar nicht kompetent.

D. Gegenüber dieser Kompetenzeinrebe wird vom Kläger geltend gemacht: Es bandle fich bier um einen "Anftand betreffend Beimatlofigfeit", benn mit ihrer urfundlichen Anerkennung burch 28. Schaub anläflich ber Verehelichung mit ihrer Mutter haben die beiden in Frage stehenden Kinder ihr Heimatrecht im Großherzogthum Baden verloren und seien, da die Gemeinde Sissach
ungerechtsertigter Weise und gegen die klaren Bestimmungen
des Bundesgesetzes über Civilstand und She, wie diese vom
Bundesrathe in seinem Kreisschreiben vom 3. Dezember 1877
erläutert worden seien, ihre Anerkennung verweigere, saktisch
heimatlos; die Kompetenzeinrede der Beklagten sei daher undes
gründet und letztere zu einläßlicher Beantwortung der Klage zu
verhalten; eventuell, wenn das Bundesgericht sinden sollte, der
Bundesrath sei hier kompetent, so werde um direkte Ueberweifung der Klageschrift und der Akten an denselben gebeten.

E. Duplikando macht die Beklagte geltend, daß, wenn es sich, was übrigens nicht richtig sei, hier um einen Heimaklosensall handeln sollte, das Bundesgericht jedenfalls nur dann auf die Klage eintreten könnte, wenn ein vorläusiger Entscheid des Bunbesrathes vorläge und letzterer seinerseits klagend aufträte.

F. Auf Vertretung bei der heutigen Verhandlung haben beide Varteien verzichtet.

Das Bundesgericht zieht in Ermägung:

- 1. Es ist zunächst klar, daß die Kompetenz des Bundesgerichtes zu Entscheidung der vorliegenden Streitigkeit in keiner Weise auf das Bundesgeset über Civilstand und She begründet werden kann; denn dieses Gesetz stellt ja irgendwelche besondere Borschriften über die Zuständigkeit des Bundesgerichtes durchaus nicht auf und es sind daher für die Kompetenz des Bundesgerichtes in Sachen, welche nach diesem Gesetz zu beurtheilen sind, sediglich die allgemeinen Normen der Bundesverfassung und des Bundesgesetzes über Organisation der Bundesrechtspsiege maßgebend, so daß also auf das, in Erläuterung des Civilstands und Ehegesetzes erlassene, vom Kläger angezogene Kreisschreiben des Bundesrathes vom 3. Dezember 1877 vorsliegend überall nichts ankommen kann.
- 2. Demgemäß ist aber die Kompetenzeinrebe der Beklagten offenbar begründet. Denn die Bestimmungen des Art. 110 letzes Alinea der Bundesversassung beziehungsweise des Art. 27 Biff. 4 Alinea 2 des Bundesgesehes über die Organisation der Bundeszechtspsiege, auf welche einzig etwa die Kompetenz des Bundeszechtspsiege, auf welche einzig etwa die Kompetenz des Bundeszechtspsiege,

gerichtes gestüßt werden könnte, treffen hier zweisellos nicht zu, da eine Bürgerrechtsstreitigkeit zwischen Gemeinden gar nicht vorliegt, und zur Beurtheilung von "Anständen betreffend Heismatlosigkeit" das Bundesgericht nur "nach Anleitung des Bundesgeseiges vom 3. Dezember 1850" d. h. also nur dann besugt ist, wenn das in letzterm Gesetze vorgeschriebene Administrativversahren stattgefunden hat und der Bundesrath seinerseits klagend ausgetreten ist. Das Bundesgericht ist also zur Beurtheilung der gegenwärtigen Klage selbst dann nicht besugt, wenn vorliegend, was hier nicht entschieden werden soll, ein Fall von Heismatlosigkeit überhaupt gegeben ist.

3. Auf das eventuelle Begehren des Klägers um Ueberweifung der Aften an den Bundesrath sodann kann nicht eingegangen werden, da es nicht Sache des Gerichtes ist, Angelegenheiten von Privaten beim Bundesrathe anhängig zu machen; es muß vielmehr dem Kläger überlassen bleiben, wenn er dies für zweckdienlich erachtet, seine Sache selbst beim Bundesrathe anzubringen, und bei demselben die ihm gutscheinenden Anträge zu stellen.

Demnach hat bas Bundesgericht

erfannt:

Die Klage wird wegen Intompetenz des Gerichtes abgewiesen.

III. Haftpflicht der Eisenbahnen u. s. w. bei Tödtungen und Verletzungen.

Responsabilité

des entreprises de chemins de fer, etc. en cas d'accident entraînant mort d'homme ou lésions corporelles.

18. Urtheil vom 20. Juni 1882 in Sachen Straub gegen Centralbahn.

A. Durch Urtheil vom 2. Dezember 1881 hat das Civilgericht des Kantons Baselstadt erkannt: